

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Amt für Wirtschaft und Finanzen

06.06.2011

P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 06. Juni 2011 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesenheit

Herr Braun
Herr Dr. Rose in Vertretung für Frau Bruns
Herr Dr. Fassbinder
Frau Görs
Herr Dr. Kerath
Herr Kolbe
Herr Franz-Robert Liskow
Herr Prof. Dr. Matschke
Herr Mundt
Frau Dr. Schwenke
Frau Socher

Unentschuldig

Herr Voß

Verwaltung

Herr Hochheim	Herr Wixforth	Frau Dr. Rothe
Herr Feldt	Frau Schlegel	Frau Baas
Herr Wille	Herr Hauck	Frau Franz
Herr Kremer	Herr Maas	Frau Vierling
Herr Lubs		

Gäste

Herr Poschmann
Herr Wittkopf

Herr Radicke
Frau Sitterlee

OZ
Herr Stahl - BBC

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
- 4.1. Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Verbindung mit der Erweiterung des BioTechnikums
Dez. I , Amt 20 05/438
B276-14/11
- 4.2. Neuausrichtung des Tourismus - Stadtmarketingaktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I , Amt 20 05/448
B275-14/11
5. Diskussion der Informationsvorlage
- 5.1. Jahresbericht 2010 des Sanierungsträgers für die Fördergebiete der Sanierung und des Stadtumbaus
Dez. II, Amt 60, BauBeCon 05/530
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Verbände“
CDU-Fraktion/Links-Fraktion/SPD-Fraktion / Bündnis 90/Die Grünen/Bürgerliste 05/518
- 6.2. Stammkapitalerhöhung der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald aus Gesellschaftsmitteln
Dez. I, Beteiligungsmanagement 05/542
- 6.3. Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der ENERTRAG Windfeld Nechlin II GmbH 05/538

& Co. KG
Dez. I, Beteiligungsmanagement

- | | | |
|-------|---|--------|
| 6.4. | Hafengebührensatzung 2011/2012/2013 der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald für
die Häfen der Stadt
<i>Dez. II, Amt 66</i> | 05/534 |
| 6.5. | Mittelbeantragung Sanierungsprogramme
2012
Prioritätenlisten
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/540 |
| 6.6. | Außerplanmäßige Ausgaben zur Erschließungs-
planung für den B-Plan Nr. 13 - An den Ge-
wächshäusern-
<i>Dez. II, Amt 66</i> | 05/513 |
| 6.7. | Außerplanmäßige Ausgabe für Planungsleistun-
gen für den Ausbau der Straße „An den Ge-
wächshäusern“
<i>Dez. II, Amt 66</i> | 05/512 |
| 6.8. | Beschluss zum Ausbau der „Wilhelm-Holtz-
Straße“ im Bebauungsplangebiet Nr. 6 - Techno-
logiepark - und für die Abrechnung der Straßen-
ausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitrags-
satzung die Klassifizierung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/523 |
| 6.9. | Beschluss zum Ausbau der „Herrenhufenstraße“
im Bebauungsplangebiet Nr. 87 - Herrenhufen
Nord - und für die Abrechnung der Straßenaus-
baumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssat-
zung die Abschnittsbildung und die Klassifizie-
rung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/524 |
| 6.10. | Beschluss zum Ausbau der „Hafenstraße“ und für
die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme
nach Straßenausbaubeitragssatzung die Ab-
schnittsbildung und die Klassifizierung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/526 |
| 6.11. | Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-
Straße“ und für die Abrechnung der Straßenaus-
baumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssat-
zung die Abschnittsbildung und die Klassifizie-
rung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/527 |

- | | | |
|-------|---|--------|
| 6.12. | Beschluss zum Ausbau der „Robert-Blum-Straße“
und für die Abrechnung der Straßenausbaumaß-
nahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die
Klassifizierung
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/528 |
| 6.13. | Außerplanmäßige Ausgaben für die Landespro-
gramme L/2010 für Schönwalde II und I
<i>Dez. II, Amt 60</i> | 05/546 |
| 6.14. | Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Ver-
waltungsgesellschaft mbH Greifswald
<i>interfraktioneller Antrag</i> | 05/554 |
| 6.15. | Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und
Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald
<i>Die Linke</i> | 05/555 |
| 6.16. | Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu den
außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend,
Soziales und Familie für Leistungen des Bil-
dungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und
den Berechtigten nach BKG § 6b.
<i>Dez. III, Amt 51</i> | 05/560 |
| 6.17. | Reinigung Stadtmauer
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/558 |
| 6.18. | Definition wesentlicher und sonstiger Produkte in
Vorbereitung der Haushaltsplanung 2012
<i>Dez. I , Amt 20</i> | 05/561 |
| 6.19. | Festlegung von Wertgrenzen in Vorbereitung auf
die Haushaltsplanung 2012
<i>Dez. I , Amt 20</i> | 05/562 |
| 7. | Information der Verwaltung | |
| 8. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der Aus-
schussmitglieder | |
| 9. | Informationen des Ausschussvorsitzenden | |
| 10. | Bestätigung des Protokolls vom 11.04.2011 | |
| 11. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Prof. Dr. Matschke eröffnet die Sitzung mit 10 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Zusätzlich zur Tagesordnung werden unter

TOP 6.20 die Vorlage „Kündigung des Vertrages mit der BauBeCon“
und unter

TOP 6.21 die Vorlage „Einführung eines Projektmanagements“

aufgenommen.

Außerdem werden die Vorlagen

TOP 6.14 „Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald“ und

TOP 6.15 „Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald“

überarbeitet neu ausgeteilt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Beschlusskontrolle wird zusätzlich der

TOP 4.3 „Informationen zum Stadthaus“ aufgenommen.

Des Weiteren wurde für Frau Sitterlee vom Seniorenbeirat zum Tagesordnungspunkt 6.15 Rederecht beantragt.

Herr Wille äußert zu den TOP 6.14 und 6.15 seitens der Verwaltung die Bitte, dass vor Behandlung im Finanzausschuss, die WVG die Möglichkeit erhält, diese im Aufsichtsrat zu besprechen. Sie sollten am heutigen Abend eingebracht aber nicht behandelt werden.

Mit diesen Änderungen wird über die Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. Beschlusskontrolle

Zu TOP: 4.1. Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Verbindung mit der Erweiterung des BioTechnikums

Herr Wille informiert, dass zwischenzeitlich mehrere konstruktive Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium stattgefunden haben. Man ist um eine Lösung bemüht, wobei Kriterien zu beachten sind, die ein erhebliches finanzielles Engagement von der Stadt erfordern. Gespräche, in welcher Form dies sein wird, laufen noch.

Zu TOP: 4.2. Neuausrichtung des Tourismus - Stadtmarketingaktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Der Grundsatzbeschluss, eine Stadtmarketing und Tourismus GmbH zu gründen, ist vorhanden, so Herr Wille. Dieser Grundsatzbeschluss enthält einen Zeitplan, der aber nicht eingehalten werden kann. Derzeitig wird an der Vorbereitung des Gesellschaftervertrages gearbeitet. Dazu wurden Kontakte zu anderen Städten, die ähnliche Gesellschaften haben, aufgenommen, um Erfahrungen bezgl. Verträge, Ausgestaltung und Ingangsetzung solcher GmbHs auszutauschen. Herr Wille geht davon aus, dass in einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Vorlage ausgereicht werden kann. Ein internes Arbeitsergebnis wird zunächst zeitnah mit den betroffenen Vereinen besprochen. Dem Fremdenverkehrsverein wurde eine Fortsetzung der Leistungsvereinbarung angeboten.

Zu TOP: 4.3. Informationen zum Stadthaus

Herr Hochheim informiert, dass am 19.04.2011 die Beurkundung des Ankaufs der Fleischerstraße erfolgte, so dass nunmehr das Stadthaus mit allen drei geplanten Anbauten (Fleischerstraße, an der alten Post, Rakower Straße) errichtet werden kann. Diesbezüglich wird die Baugenehmigung weiter bearbeitet. Mit Blick auf den Neubau an der Rakower Straße gab es das Problem der nachbarschaftlichen Zustimmung. Die Verhandlungen hierzu wurden aus Zeit- und Finanzgründen abgebrochen. Stattdessen erfolgte eine Umplanung für das Vorhaben an der Rakower Straße.

Es wurde eine Aktualisierung der Raumbellegung vorgenommen. So wird es nach derzeitigem Kenntnisstand dennoch möglich sein, durch Veränderungen des Zuschnitts der Gebäude und im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform die in Rede stehende Zahl der Mitarbeiter unterzubringen.

Zwischenzeitlich erfolgte am 17.05.2011 die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen. Zahlreiche Interessenten haben sich für die Leistungsphasen 5 bis 9 gemeldet.

Bezüglich der Schadensersatzansprüche gegenüber der BauBeCon wird im nicht öffentlichen Teil berichtet.

Zum Projekt Stadthaus gibt Herr Poschmann, ipc Dr. Talkenberger GmbH, einen Sachstandsbericht zu den Ergebnissen der Umplanung, zum Bauablaufplan, zur Kostenüberwachung, zur Auswertungsmatrix Bewerber und zur Auswertungsmatrix Angebot (wird als Anlage dem Protokoll beigelegt).

Außer der Beauftragung der Projektsteuerung ist kaum eine Tätigkeit auf der Baustelle durchgeführt worden. Somit gibt es zum letzten Stand der Bautätigkeit kaum eine Veränderung.

Auf die europaweite Bekanntmachung der Ausschreibung erfolgten bereits 19 Anfragen. Die Beteiligungsfrist endet am 20.06.2011. Danach erfolgt der Versand der Ausschreibung an die ausgewählten Bewerber (maximal 3 bis 5) Diese haben dann vom 04.07.2011 bis 15.07.2011 Zeit, Angebote zu erarbeiten und einzureichen. Nach Auswertung der Angebote soll am 08.08.2011 die Auftragserteilung erfolgen. Der Baubeginn ist für den 14.11.2011 vorgesehen; der Hauptausschuss ist aufgrund der Größenordnung zu beteiligen.

Zu TOP: 5. Diskussion der Informationsvorlage

Zu TOP: 5.1. Jahresbericht 2010 des Sanierungsträgers für die Fördergebiete der Sanierung und des Stadtumbaus

Herr Stahl erläutert den Jahresbericht 2010. Der Bericht liegt allen Ausschussmitgliedern als Power-Point-Präsentation vor.

Frau Socher hinterfragt bei den Maßnahmen für Schönwalde II das relativ hohe Honorar für die doch vergleichsweise recht kleinen Maßnahmen. Herr Stahl erklärt hierzu, dass sich das Honorar auf die Umsetzung der Maßnahmen bezieht. Hierbei sind 10 % der umgesetzten Maßnahmen als förderfähige Grundlage anzusetzen. Wenn die Maßnahme nach Erlass des Ministeriums geringer ist als 2.500 EUR, sind 20.000 EUR netto förderfähig für das Vorhaben. In dem Fall wird vom Ministerium die Rechnung vorgegeben, in welchem Bereich sich das beauftragte Honorar bewegen darf.

Zu TOP: 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1. Überplanmäßige Ausgabe HHSt. 717000 „Zuschüsse Vereine und Ver-

bände“

Herr Wille erklärt, dass die Umsetzung so haushaltstechnisch nicht funktionieren kann, da die angegebene Deckungsquelle in der Vorlage eine Haushaltsstelle im Vermögenshaushalt ist und die überplanmäßige Ausgabe eine Haushaltsstelle im Verwaltungshaushalt betrifft. Er schlägt deshalb vor, dass als Deckungsquelle die Haushaltsstelle „Mehreinnahmen aus Einkommenssteuer“ genommen wird.

Über die Vorlage wird mit der Änderung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.2. Stammkapitalerhöhung der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald aus Gesellschaftsmitteln

Frau Dr. Rothe bringt die Vorlage ein. Der Eigenkapitalbestand der WVG zum 31.12.2010 beträgt ca. 116 Mio. EUR. Davon sind 774 TEUR gezeichnetes Kapital (Stammkapital). Auf Empfehlung des Wirtschaftsprüfers hat sich der Aufsichtsrat entschlossen, aus Gesellschaftsmitteln das Stammkapital auf 40 Mio. EUR zu erhöhen. Dieses Geld wird komplett aus den Rücklagen genommen.

Die Frage von Herrn Dr. Rose, ob es Änderungen zur Eigenkapitalhöhe geben wird, verneint Frau Dr. Rothe.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.3. Beteiligung der Fernwärme Greifswald GmbH an der ENERTRAG Windfeld Nechlin II GmbH & Co. KG

Auch diese Vorlage wird von Frau Dr. Rothe eingebracht. Hier handelt es sich um das gleiche Konstrukt wie der Windpark Dauer. Partner an der ENERTRAG Windfeld Nechlin II GmbH & Co. KG ist auch hier die ENERTRAG AG. Die ENERTRAG AG und die FWG besitzen aus diesem Windparkbeteiligungsmodell bereits gemeinsam eine Verwaltungsgesellschaft mit Sitz in Greifswald. Diese gemeinsame Verwaltungsgesellschaft soll zukünftig in der ENERTRAG Windfeld Nechlin II GmbH & Co. KG als Komplementärin eingesetzt werden. Die Kommanditisten (FWG und ENERTRAG AG) sollen mit je 50 % der Haftenlage beteiligt werden.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Beteiligung und Investition werden im Aufsichtsrat und im Wirtschaftsausschuss der Stadtwerke Greifswald am 23.06.2011 bzw. am 01.07.2011 behandelt.

Die Zustimmung dieser Vorlage steht unter dem Vorbehalt, dass der

Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald GmbH dieser Beteiligung nach Prüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen ebenfalls seine Zustimmung erteilt.

Es erfolgt die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6.4. Hafengebührensatzung 2011/2012/2013 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Häfen der Stadt

Herr Wixforth führt in die Vorlage ein. Alle drei aufgeführten Varianten unterscheiden sich nur in der Frage der Maßstäbe, nicht aber in dem Grundkonzept, dass die Verwaltung in Kostendeckung reguliert und dass verschiedene Gebührenbefreiungen enthalten sind. Vorzugsvariante der Verwaltung ist die Variante A.

Auf Anfrage geben Herr Wixforth und Herr Lubs nähere Erläuterungen zum Gebührenkalkulationsrecht, zur Einzelkalkulation des Hafenamtes, zur Gebührenbefreiung der Greif, zur Prognose und Preisvergleich von Gastliegern.

Die Variante A wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

*Zu TOP: 6.5. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2012
Prioritätenlisten*

Herr Hauck erklärt, dass bereits im letzten Jahr ein Bürgerschaftsbeschluss gefasst wurde, der vorsieht, dass alle Maßnahmen der Städtebauförderung schon bei der Mittelbeantragung vorab den Bürgerschaftsgremien vorgestellt werden sollen. Das wurde getan. Allerdings erfolgte für diese Maßnahmen bisher noch keine Mittelbewilligung bzw. Vorankündigung. Momentan ist noch nicht bekannt, was die Stadt an Städtebaufördermitteln bekommen wird.

Es wurden für die Mittelbeantragung 2012 die selben Ansätze des Jahres 2011 zugrunde gelegt, außer für die Programmgebiete Wieck und Schönwalde I, dort laufen die Förderungen aus.

Im Einzelnen werden die Kategorien erklärt und die Prioritätenlisten vorgestellt, wobei zu konkreten Maßnahmen auf Anfragen Erklärungen gegeben werden.

Auf Seite 2 der Vorlage muss der erste Satz richtig heißen: „Die Prioritätenlisten sind in jeweils vier Kategorien unterteilt.“

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.6. Außerplanmäßige Ausgaben zur Erschließungsplanung für den B-Plan Nr.: 13 - An den Gewächshäusern -

Mit dieser Vorlage soll die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 62 TEUR zur Erschließungsplanung für den B-Plan Nr. 13 - An den Gewächshäusern - beschlossen werden, so Herr Wixforth.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.7. Außerplanmäßige Ausgabe für Planungsleistungen für den Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“

Die Straße stellt schon ein Jahrzehnt langes Ärgernis dar. Es handelt sich hier um eine Betonstraße aus DDR-Zeiten und ist in der Substanz stark beschädigt. Da die Stadt im hinteren Bereich mit dem B-Plan Nr. 13 zukünftig Wohnnutzungen zulassen wird, ist mit Zunahme des Verkehrs ein Ausbau der Straße erforderlich. Für den ersten Schritt der Planung werden die Haushaltsmittel noch in diesem Jahr benötigt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.8. Beschluss zum Ausbau der „Wilhelm-Holtz-Straße“ im Bebauungsplan-gebiet Nr. 6 - Technologiepark - und für die Abrechnung der Straßen- ausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Klassifizierung

Frau Franz erklärt, dass die Wilhelm-Holtz-Straße zum Vorhaben „Revitalisierung Herrenhufen“ gehört und deshalb neu ausgebaut werden muss. Die Straße entspricht derzeit nicht den erforderlichen Mindestquerschnitten, um dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen, welches mit der Revitalisierung des Industrie- und Gewerbegebietes Herrenhufen einhergeht, gerecht zu werden. Außerdem befindet sich dieser Straßenabschnitt in einem desolaten Zustand, welcher sich mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen weiter verschlechtern würde.

Des Weiteren wird mit diesem Beschluss gebeten, den früheren Beschluss aus dem Jahr 2002 „Grundlagen für den künftigen Ausbau der südlichen Brandteichstraße“ aufzuheben, weil die Wilhelm-Holtz-Straße zwischenzeitlich zum Vorhaben „Revitalisierung Herrenhufen“ gehört und die Klassifizierung von einer Anlieger- zur Innerortsstraße geändert wird.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.9. Beschluss zum Ausbau der „Herrenhufenstraße“ im Bebauungsplangebiet Nr. 87 – Herrenhufen Nord -, und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Abschnittsbildung und die Klassifizierung

Hierzu informiert Frau Franz, dass es sich ähnlich wie mit der Wilhelm-Holtz-Straße verhält. Auch dieser Ausbau gehört zum Vorhaben „Revitalisierung Herrenhufen“. Die Herrenhufenstraße geht vom Kreisel Gützkower Straße bis zum Ende des B-Plan-Gebietes, ausgebaut werden soll aber nur bis zur Einmündung der neu zu bauenden Erschließungsanlage Planstraße A. Die „Herrenhufenstraße“ wird als Innerortsstraße, die von ihr südlich abzweigende Stichstraße zum Baumarkt als Anliegerstraße klassifiziert. Entsprechend der Klassifizierung sollen getrennte Abrechnungen vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.10. Beschluss zum Ausbau der „Hafenstraße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Abschnittsbildung und die Klassifizierung

Die Hafenstraße soll nur in einem Bereich (von der Wohnresidenz am Ryck bis zur Einmündung der Straße An den Wurthen) ausgebaut und dann als Anliegerstraße klassifiziert werden, so Frau Franz. Entsprechend der Klassifizierung sind von den Anliegern anteilige Kosten aufzubringen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.11. Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Abschnittsbildung und die Klassifizierung

Diese Maßnahme ist in zwei Bauabschnitten und drei Abschnitten vorgesehen. Zur Deckung des Aufwandes sind Straßenbaubeiträge zu erheben. Für die Abrechnung der umlagefähigen Kosten sollen von den beitragspflichtigen Grundstückseigentümern Vorausleistungen in Höhe von 80 v. H. des voraussichtlichen Straßenausbaubeitragtes erhoben werden. Die Vorausleistungen werden mit der endgültigen Beitragsschuld verrechnet.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6.12. Beschluss zum Ausbau der „Robert-Blum-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung die Klassifizierung

Frau Franz erklärt, dass dieser Ausbau in zwei Bauabschnitten erfolgen soll. Der 1. Bauabschnitt betrifft den Bereich des Theatervorplatzes ab Sanierungsgrenze, der 2. Bauabschnitt, dessen Umsetzung zu einem späteren, noch nicht benannten Zeitpunkt erfolgen soll, den Theaterplatz bis zur Einmündung in die Rudolf-Breitscheid-Straße.

Aufgrund der Ungewissheit der Umsetzung des 2. Bauabschnitts wird auf die Erhebung von Vorausleistungen zur Vermeidung des Risikos für die Stadt verzichtet. Deshalb sollen die Kosten des 1. BA für die Gestaltung des Theatervorplatzes „stehen“ bleiben und erst nach Realisierung des 2. Bauabschnitts eine Heranziehung aller bevorteilten Grundstücke zu Beiträgen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Zu TOP: 6.13. Außerplanmäßige Ausgaben für die Landesprogramme L/2010 für Schönwalde II und I

Herr Hauck bringt die Vorlage ein. Am 22.12.2010 erhielt die UHGW zwei Zuwendungsbescheide des LFI für die Landeseigenen Programme L/2010 Schönwalde II und L/2010 Schönwalde I aus dem Städtebauförderprogramm. Die Planung für das Haushaltsjahr 2011 war zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen, so dass diese Mittel nicht mehr in den Haushalt eingestellt werden konnten. Herr Hauck erklärt die Mittelverwendung für die beiden Programme, stellt den Eigenanteil dar und betont, dass die Umsetzung der Maßnahmen ohne die Landesprogramme nicht realisierbar wäre.

Prof. Dr. Matschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis. 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.14. Mieterbefragung in der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald

Die überarbeitete Vorlage vom 03.06.2011 wird von Frau Socher eingebracht.

Eingehend zu beiden Vorlagen erklärt Frau Socher, dass diese Vorlagen aus einer großen Anfrage resultieren. Die Beschlussvorlagen sollen die Ergebnisse, die aus der Anfrage gezogen wurden, weiter verfolgen. Hintergrund der Beschlussvorlagen ist auch der Leitspruch aus dem Leitbild: „... die Lebensqualität einer Stadt wird auch durch attraktive Wohnungen mit moderaten Mieten geprägt ...“.

Mit den politischen Parteien soll eine Diskussion zu moderaten Mieten geführt werden. Dazu soll die anonyme Mieterbefragung durchgeführt

werden, um auch aus Sicht der Mieter eine dezidierte Darstellung der Situation zu bekommen. Mit den beiden Vorlagen soll nicht die WVG geschwächt, sondern gestärkt werden. Es soll verhindert werden, dass zu viel Geld aus dem Unternehmen gezogen wird.

Als möglicher Partner zur anonymen Befragung bei den Mietern der WVG könnte die Universität fungieren. Die daraus gezogenen Ergebnisse könnten der Verbesserung der Unternehmenssteuerung dienen und in die Erarbeitung des Leitbildes der WVG einfließen.

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

Zu TOP: 6.15. Prüfauftrag zur Mietpolitik der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald

Es wurde auch zu diesem Tagesordnungspunkt eine überarbeitete Vorlage ausgereicht.

Zu dieser Vorlage bezieht Frau Sitterlee, die Rederecht erhalten hat, in Vertretung des Vorsitzenden des Seniorenbeirates Stellung. Der Seniorenbeirat hat in den letzten Monaten intensive Gespräche mit der WVG, der WGG und dem Mieterverein zur Mietentwicklung geführt. Städtische Unternehmen sind immer von sozialer Verantwortung getragen. In den Gesprächen mit der WGG bestand weitgehend Konsens zu dieser Verantwortung, auch zum sensiblen Umgang mit Mieterhöhungen. Trotzdem bleiben die Sorgen, wie sich die Mieten entwickeln. Der Seniorenbeirat stimmt den Vorlagen zu, begrüßt sie und bietet seine Mitarbeit bei der Erarbeitung eines neuen Mietpreisspiegels an. Weiterhin bittet sie den Ausschuss, sich auch zukünftig mit dieser Problematik zu befassen.

Nachdem Frau Socher die angestrebten Maßnahmen der Vorlage erklärt, fragt Prof. Dr. Matschke nach, warum Mieter der WVG im Vergleich zu anderen Mietern im besonderen Maße geschützt werden sollen.

Frau Dr. Schwenke erläutert, dass über den Mietpreisspiegel auf die Gestaltung der Miete Einfluss genommen werden soll. Daran sollte sich eine breite Mieterschaft beteiligen.

Hierzu bemerkt Frau Dr. Rothe, dass der Mietpreisspiegel nur statistischen Zwecken dient. Eine Mitarbeit des Seniorenbeirates oder Mieter der WVG ändern nichts an den Zahlen, die im Mietpreisspiegel stehen.

Des Weiteren informiert Frau Dr. Rothe, dass beide Vorlagen (sowohl der Prüfauftrag als auch die Mieterbefragung) auf der Tagesordnung des Aufsichtsrates der WVG stehen. Wichtig wäre es, so Frau Dr. Rothe, dass diese Punkte im zu erarbeitenden Strategiekonzept der WVG aufgenommen werden.

Frau Socher wird das Gesagte nochmals in der Fraktion beraten und eventuell zur Hauptausschusssitzung eine überarbeitete Vorlage einbringen.

Zu TOP: 6.16. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu den außerplanmäßigen Ausgaben im Amt für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets nach SGB II § 28 und den Berechtigten nach BKG § 6b.

Frau Vierling informiert, dass im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets dafür die haushaltstechnischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Da das Gesetz dazu erst anfang des Jahres rückwirkend beschlossen wurde, waren keine Möglichkeiten, die Haushaltsansätze im Haushaltsplan einzuarbeiten. Deshalb mussten nach den Veranschlagungsgrundsätzen des Innenministeriums neue Haushaltsstellen gebildet werden.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.17. Reinigung Stadtmauer

Die Vorlage ist selbsterklärend, so Herr Mundt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6.18. Definition wesentlicher und sonstiger Produkte in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2012

Herr Wille erläutert, dass wesentliche Produkte Dinge sein müssen, die besonders wichtig sind und objektiv Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Produkte, die der gesetzlichen Pflichterfüllung dienen, sind ungeeignet, weil hier nur geringe Steuerungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Da das vorgeschlagene Benotungssystem zu kompliziert erschien, wurde seitens der Verwaltung ein Entwurf erarbeitet, der mit den entsprechenden Fachämtern diskutiert und abgestimmt wurde. Unter Einbeziehung von zwei Fraktionsarbeiten (Grüne, SPD) ist die Bewertungsmatrix von 2,4 herausgekommen.

Im Detail erklärt Herr Wille das Benotungssystem der einzelnen Ziele.

Es werden mit dem Entwurf 40 statt vom Berater anempfohlene 20 wesentliche Produkte vorgeschlagen, da aus den bisherigen Diskussionen

wahrgenommen wurde, dass die Kindertagesstätten und Schulen besonders wichtig sind.

Im Ergebnis stellt Herr Wille den Ausschussmitgliedern im Einzelnen den Entwurf vor.

Die „rot“ dargestellten Produkte fallen durch die Kreisstrukturreform heraus, werden aber trotzdem ohne Zielsetzungsbeschreibung mit geplant.

Verschiedene Fraktionen äußern zusätzliche Wünsche:

Teilhaushalt 1: keine zusätzlichen

Teilhaushalt 2: 11300 Organisation - Grüne
11404 Technikunterstützte Informationsverarbeitung - Grüne

Teilhaushalt 3: 57100 Kommunale Wirtschaftsförderung - SPD
57500 Kommunale Tourismusförderung - SPD

Teilhaushalt 4: 55500 Kommunale Forstwirtschaft - SPD

Teilhaushalt 5: 56100 Umweltschutzmaßnahmen - Grüne
55400 Naturschutz und Landschaftspflege - Grüne

Teilhaushalt 6: keine zusätzlichen

Teilhaushalt 7: keine zusätzlichen

Teilhaushalt 8: keine zusätzlichen

Teilhaushalt 9: 25200 Stadtarchiv - SPD
28101 Förderung von Einrichtungen/Kulturförderung – Grüne, Linke

Teilhaushalt 10: 36200 Jugendarbeit - Linke
36301 Schul- und Jugendsozialarbeit - Linke

Teilhaushalt 11: keine zusätzlichen

Teilhaushalt 12: keine zusätzlichen

Herr Wille weist auf die Produktbeschreibungen hin, die jedem Ausschussmitglied zur Verfügung stehen.

Die zusätzlichen Änderungen sollen in den Fraktionen beraten werden, so dass im Hauptausschuss über die Fraktionsvorsitzenden eine Tendenz erkennbar ist.

Es findet keine Abstimmung statt.

Herr Kolbe verlässt die Sitzung.

Zu TOP: 6.19. Festlegung von Wertgrenzen in Vorbereitung auf die Haushaltsplanung 2012

Herr Wille erläutert die Festlegung von Wertgrenzen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Wille, dass es bundesweit Kommunen gibt, die großzügiger mit den Wertgrenzen umgehen. Künftig muss es dazu eine Änderung der Hauptsatzung geben, wo die entsprechenden Grenzen festgeschrieben werden.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6.20 Kündigung des Vertrages mit der BauBeCon

Für die SPD steht fest, dass dieser Vertrag gekündigt werden muss, so Herr Dr. Kerath. Da die BauBeCon eine Treuhänderfunktion ausübt, kann sie nach dem Vorgefallenen nicht mehr Treuhänder der Stadt sein. Des Weiteren soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, das finanzielle Risiko der Stadt abzuschätzen und wie weiter zu verfahren ist. Diese Ergebnisse sollen in der Bürgerschaftssitzung am 26.09.2011 vorgestellt werden.

Herr Braun schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben.

Herr Dr. Fassbinder beantragt die Absetzung des Tagesordnungspunktes und die Verhandlung im nicht öffentlichen Teil.

Darüber wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Zu TOP: 6.21 Einführung eines Projektmanagementsystems

Herr Dr. Fassbinder bringt die Vorlage ein. Ziel ist es, den Defiziten, die es in der Vergangenheit bei Bauprojekten der Stadt gab, mit der Einführung eines Projektmanagementsystems entgegenzusteuern.

Herr Hochheim fragt nach, auf welchen Passus der Hauptsatzung Bezug genommen wurde.

Herr Wille schlägt vor, im Haushaltsplan beim entsprechenden Investitionsvorhaben gleichfalls einen Vermerk anzubringen, wo festgelegt wird, ob für diese Maßnahme ein Projektcontrolling erfolgen soll. Herr Kremer ergänzt, dass dies schon mit der Planungsphase berücksichtigt werden muss.

Frau Görs empfiehlt, bereits mit der Beschlussvorlage unter haushaltsrechtliche Auswirkungen eine Zusatzspalte aufzunehmen „Projektmanagement erforderlich/oder nicht“.

Herr Prof. Dr. Matschke betont, dass er den Oberbürgermeister in der Verpflichtung sieht, solche Sachen zu regeln; es kann nicht Aufgabe der Bürgerschaft sein.

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

Zu TOP: 7. Information der Verwaltung

Herr Wille

Im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik wird Herr Wille über die Anschaffung eines neuen Dokumentenmanagementsystems informiert. Mittelfristig sollen dadurch die Arbeitsabläufe vereinfacht werden. Eine Entscheidung dazu trifft der Hauptausschuss. Das Vergabeverfahren wird hierzu in Kürze eröffnet.

Zum Landkreisneuordnungsgesetz hat die Stadt einen Vertragsentwurf erarbeitet, der den Körperschaften Uecker-Randow, Ostvorpommern und Demmin übergeben wurde. Der Vertragsentwurf soll den geordneten Übergang in die neue Kreisstrukturreform regeln.

Es gab ein Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium, in dem für verschiedene Projekte Unterstützung zugesagt wurde (z. B. Plasmatechnik, Revitalisierung am Gorzberg).

Herr Hochheim

Zum Phillip-Müller-Stadion gibt es keinen neuen Sachstand. Nachfragen der Stadt zu Verkaufsverhandlungen, die das Bundeseisenbahnvermögen mit potentiellen Kaufinteressenten aufnehmen wollte, anberaumt für die erste Hälfte des Monats Mai, sind bisher unbeantwortet geblieben.

Am 01.06.2011 sind die Untersuchungsergebnisse für die „Grüne Welle“ in der Wolgaster Straße eingetroffen. Im Ergebnis wird ausgeführt, dass diese „Grüne Welle“ gut funktionieren kann. Die Firma Siemens wird ein entsprechendes Angebot abgeben. Die Stadt geht davon aus, dass die bereits eingestellten 60 TEUR im Haushalt dafür ausreichend sind. Die CO₂-Einsparung wäre erheblich, so die Aussagen im Gutach-

ten.

Nach Auskunft des LFI am 06.06.2011 sind die Anträge zum Schlaglochprogramm vollständig, so dass man in den nächsten 14 Tagen von einer Bewilligung ausgehen kann.

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Kerath

Die Kosten zum Greifenbrunnen werden hinterfragt. Im Vermögenshaushalt waren 72.000 EUR eingestellt, der Zeitung war zu entnehmen, dass die Ausgaben für den Brunnen 95.700 EUR betragen. Er möchte wissen, woraus die Differenz bezahlt wurde.

Herr Wixforth erklärt, dass dies eine überplanmäßige Ausgabe war, die Deckungsquelle ist ihm momentan, da die Frage vorab nicht eingereicht wurde, nicht bekannt. Es gab für die Verteuerung Gründe in der Bau-durchführung; man bewegte sich trotzdem innerhalb der Wertgrenzen der Entscheidungsbefugnis des Oberbürgermeisters.

Des Weiteren ist aufgefallen, dass die Grabgruft Haselberg eingerüstet ist. Die Sanierung dieser Grabgruft ist mit der Haushaltsberatung zu 2011 nicht bestätigt worden. Es wird um Sachstand gebeten.

Herr Prof. Dr. Matschke erbittet, den Sachstand als Anlage zum Protokoll zu geben.

Zur Polleranlage Wiecker Brücke wird um Aufstellung gebeten, was die Sanierung kostet.

Hierzu informiert Herr Wixforth, dass die neue Polleranlage in der 26./27. KW installiert wird. Die Haushaltsmittel reichen aus, um noch die Abnutzungserscheinungen am Verschleißbelag zu beseitigen.

Frau Socher

Die Fragen von Frau Heinrich zur Stadthalle wurden noch nicht beantwortet.

Frau Dr. Rothe nimmt dazu Stellung:

Für das Theatercafé gibt es einen konkreten Eröffnungstermin, der für Ende November/Anfang Dezember geplant ist. Mittlerweile liegt die Baugenehmigung vor, letzte Abstimmungen mit dem Restaurator werden geführt. Baubeginn ist der 15.06.2011.

Bezüglich Defizits Stadthalle liegt die Abrechnung für das Jahr 2010 vor. Insgesamt gab es 63 Theaterveranstaltungen, 86 Probenveranstal-

tungen im Kaisersaal und diverse Veranstaltungen und Proben im Rubenowsaal. Der Verlust im Anlaufjahr 2010 beläuft sich auf 10 TEUR netto. Das Berechnungsmodell ist mit dem Steuerberater abgestimmt und liegt jetzt beim Finanzamt zur Bestätigung. Momentan werden Gespräche bezgl. Weiterführung der Stadthalle mit dem Theater geführt. Die Stadt soll das Defizit von 10 TEUR ausgleichen.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Prof. Dr. Matschke informiert über eine Einladung des Oberbürgermeisters zum Wirtschaftstag mit der Greif am 07.06.2011.

Zu TOP: 10. Bestätigung des Protokolls vom 11.04.2011

Das Protokoll wird ohne Änderungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

Die Sitzung wird um 21:30 Uhr geschlossen.

Prof. Dr. Manfred Matschke
Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski
für das Protokoll